

Niederschrift

über die 6. Sitzung des Rates am 01.07.2021
(11. Wahlperiode)

Tag es ordnung

	Seite
Öffentliche Sitzung	6
Entscheidung über die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages	6
1 Einwohnerfragestunde	6
2 Änderung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: FB2/1300/2021/2	6
3 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagsschule im Primarbereich Vorlage: FB2/1336/2021/1	8
4 Erstattung von Elternbeiträgen für Kindertagesbetreuung und Offenen Ganztage im Zuge von COVID-19 Vorlage: FB2/1363/2021	9
5 Ausbau der Gemeindestraße "Schützenstraße von Langster Straße K1 bis Schützenstraße 13" Vorlage: DezIII/1354/2021	10
6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 19, Meerbusch - Büderich, „Mehrfamilienhausbebauung Gereonstraße 15 und 17" 1. Einleitungsbeschluss 2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger Öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) und 4 (1) Baugesetzbuch Vorlage: FB4/1303/2021/1	11
7 Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabschlusses 2020 Vorlage: SFI/1359/2021	12
8 Coronabedingte Finanzschäden und Folgen für den städt. Haushalt Vorlage: SFI/0480/2021	12
9 Bestellung eines Vertreters der Stadt für den Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG Vorlage: BM/1360/2021	12
10 Stellenplannachtrag 2021 Vorlage: ZD/1362/2021	13
11 Anträge	13

11.1	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Erstattung Elternbeiträge OGS/VGS Vorlage: FB3/0351/2021	13
11.2	Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2021 bzgl. Personalstelle Digitalisierung Vorlage: BJ/0357/2021	13
11.3	Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 02.06.2021 bzgl. Personalstelle Digitalisierung Vorlage: BJ/0356/2021	14
11.4	Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2021 bzgl. Personalstelle Digitalisierung Vorlage: BJ/0358/2021	14
11.5	Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bzgl. "1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland"	14
12	Anfragen	14
13	Termin der nächsten Sitzung: 28. Oktober 2021	15
14	Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle	15
15	Verschiedenes	16

Sitzungsort: Forstenberghalle, Wittenberger Straße 21, 40668 Meerbusch

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:48 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Christian Bommers Bürgermeister

von der CDU-Fraktion

Frau Ilona Appel	Ratsmitglied
Herr Herbert Becker	Ratsmitglied
Herr Werner Damblon	Ratsmitglied
Herr Hans Jürgen Denecke	Ratsmitglied
Frau Marlis Docktor	Ratsmitglied
Herr Claus Fischer	Ratsmitglied
Herr Markus Frank	Ratsmitglied
Frau Berna Giousouf	Ratsmitglied
Herr Andreas Harms	Ratsmitglied
Herr Fabian Hasebrink	Ratsmitglied
Herr Andreas Hoppe	Ratsmitglied
Herr Heinz Berend Jansen	Ratsmitglied
Frau Nicole Joliet-Heising	Ratsmitglied
Herr Thomas Jung	Ratsmitglied
Herr Franz-Josef Jürgens	Ratsmitglied
Frau Norma Köser	Ratsmitglied
Herr Jonas Kräling	Ratsmitglied
Herr Dr. Felix Nieberding	Ratsmitglied
Herr Max Pricken	Ratsmitglied
Herr Hans Werner Schoenauer	Ratsmitglied
Frau Petra Schoppe	Ratsmitglied
Herr Daniel Thywissen	Ratsmitglied
Herr Gerd van Vreden	Ratsmitglied
Herr Dr. Harald von Canstein	Ratsmitglied
Herr Jörg Wartchow	Ratsmitglied

von der SPD-Fraktion

Herr Dirk Banse	Ratsmitglied
Herr Michael Billen	Ratsmitglied
Herr Hans Günter Focken	Ratsmitglied
Herr Dieter Jüngerkes	Ratsmitglied
Herr Heinz Jürgen Kaden	Ratsmitglied
Frau Christa Kohn	Ratsmitglied
Herr Georg Neuhausen	Ratsmitglied
Frau Nicole Niederdelmann-Siemes	Ratsmitglied
Frau Heidemarie Niegeloh	Ratsmitglied

von der FDP-Fraktion

Herr Michael Bertholdt	Ratsmitglied
------------------------	--------------

Frau Kirsten Danes	Ratsmitglied	
Herr Thomas Gabernig	Ratsmitglied	
Herr Ralph Jörgens	Ratsmitglied	
Herr Karl Trautmann	Ratsmitglied	
von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen		
Herr Dario Dammer	Ratsmitglied	
Frau Monika Driesel	Ratsmitglied	
Herr Guido Fliege	Ratsmitglied	
Frau Aliina Housden	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 3
Frau Silke Hülsemann	Ratsmitglied	
Frau Leoni Kanders	Ratsmitglied	anwesend bis TOP 14
Herr Joris Mocka	Ratsmitglied	
Frau Barbara Neukirchen	Ratsmitglied	
Herr Jürgen Peters	Ratsmitglied	
Herr Joachim Quaß	Ratsmitglied	
Herr Torsten Schmitt	Ratsmitglied	
Frau Dr. Karen Schomberg	Ratsmitglied	
Herr Christoph Weigele	Ratsmitglied	
Frau Sarah Winter	Ratsmitglied	
von der Fraktion UWG/Freie Wähler		
Frau Daniela Glasmacher	Ratsmitglied	
fraktionsloses Ratsmitglied		
Herr Zacharias Schalley	Ratsmitglied	
Herr Heinrich Peter Weyen	Ratsmitglied	anwesend ab TOP 2
von der Fraktion Die Fraktion		
Herr Marc Becker	Ratsmitglied	
von der Verwaltung		
Herr Frank Maatz	Erster Beigeordneter	
Frau Isabel Briese	Fachbereich 4	
Herr Jürgen Gatzlik	Fachbereich 6	
Herr Michael Gorgs	Pressereferat	
Herr Daniel Hartenstein	Fachbereich 5	
Frau Franziska Held	Ratsbüro	
Herr Claus Klein	Service Immobilien	
Herr Wolfram Olbertz	Zentrale Dienste	
Schriftführer		
Herr Patrick Wirtz	Referent des Bürgermeisters	
es fehlen:		
von der FDP-Fraktion		
Herr Klaus Rettig	Ratsmitglied	

von der Fraktion UWG/Freie Wähler

Frau Rita Henning

Ratsmitglied

von der Fraktion Die Fraktion

Herr Marco Nowak

Ratsmitglied

von der Verwaltung

Herr Michael Assenmacher

Techn. Beigeordneter

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt Bürgermeister Christian Bommers die Anwesenden aus Rat und Verwaltung sowie Bürgerinnen und Bürger.

Öffentliche Sitzung

Entscheidung über die Aufnahme eines Dringlichkeitsantrages

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch erkennt die Dringlichkeit des Antrages der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zur Erhöhung der Mittel für Veranstaltungen und Aktivitäten im Zuge des Jubiläums „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ an.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	25		
SPD	9		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen	14		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Schalley (AfD)			1
Bürgermeister	1		
Gesamt	56		1

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zur Intention des Antrages aus. Um rechtzeitig mögliche weitere Veranstaltungen und Aktivitäten planen und durchführen zu können, müsse über den Antrag zur Bereitstellung weiterer Mittel über den bisherigen Ansatz von 5.000,- € hinaus in dieser Sitzung beraten und beschlossen werden.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Dringlichkeit des Antrages abstimmen.

Der Rat erkennt die Dringlichkeit an. Der Antrag wird entsprechend unter TOP 11 beraten.

1 Einwohnerfragestunde

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

2 Änderung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege Vorlage: FB2/1300/2021/2

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses die Änderung der Satzung über die Förderung von Kindern in der Kindertagespflege in der Fassung des Änderungsantrages von CDU-Fraktion/FDP-Fraktion vom 7. Juni 2021 und der dazu erfolgten Beschlussfassung vom 8. Juni 2021 gemäß der anliegenden VII. Änderungssatzung.

Ratsherr Fliege beantragt die einzelne Abstimmung der in der Vorlage genannten Änderungspunkte zur Satzung.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Es erfolgt eine einzelne Abstimmung über die in der Vorlage genannten Änderungen:

zu 1.) Redaktionelle Änderungen

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 2.) Erhöhung der laufenden Geldleistung rückwirkend zum 01.01.2021 um 1,5%

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 3.) Veränderungen hinsichtlich der Qualifikationen

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

zu 4.) Einführung einer zusätzlichen Bezahlung für die mittelbare Bildungs- und Betreuungsarbeit

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU	25		
SPD	9		
FDP	5		
Bündnis 90 / Die Grünen		14	
UWG		1	
Die Fraktion	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Ratsherr Weyen (parteilos)	1		
Bürgermeister	1		
Gesamt	53	15	

zu 5.) Zeitpunkt des Inkrafttretens der Änderungssatzung

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Sodann lässt Herr Bürgermeister Bommers einzeln über die Änderungspunkte der Beschlussvorlage abstimmen.

3 Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich
Vorlage: FB2/1336/2021/1

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beschließt auf Empfehlung des Jugendhilfeausschusses die Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen, in der Kindertagespflege und in der Offenen Ganztagschule im Primarbereich gemäß der anliegenden IV. Änderungssatzung.

Die Änderung beinhaltet einige redaktionelle Änderungen sowie die Anpassung der Elternbeitragstabelle für die Kindertagespflege (Anlage zu § 4 der Satzung) mit Wirkung ab 01.08.2021 unter Berücksichtigung des unter TOP 6.1. gefassten Beschlusses in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 8. Juni 2021 aufgrund des Antrages der CDU-Fraktion/FDP-Fraktion vom 7. Juni 2021.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Erster Beigeordneter Maatz führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Antrag der Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, UWG / Freie Wähler, Die Fraktion zur Anhebung der Stufe 1 der Elternbeitragssatzung von 30.000,- € auf 40.000,- €

Ratsherr Peters und Ratsfrau Niederdellmann-Siemes führen aus, dass im Zuge der Beratungen zum Haushalt 2021 im Jugendhilfeausschuss sowie im Hauptausschuss fraktionsübergreifend Einigkeit erzielt worden sei, eine Anpassung der Elternbeitragssatzung mit Wirkung im Jahr 2021 vorzunehmen. Diese Zusage solle nunmehr von allen Fraktionen eingehalten werden. Der verwaltungsseitig vorgeschlagene Workshop zur gemeinsamen Erarbeitung von Änderungen in der Elternbeitragssatzung sei sinnvoll und notwendig. Aufgrund der geäußerten Einigkeit solle jedoch bereits jetzt über eine Anhebung der Beitragsstufe 1 beschlossen werden.

Die Ratsherren Damblon und Jörgens weisen darauf hin, dass keine Zweifel an der Verlässlichkeit der Einigung bestünden. Der Jugendhilfeausschuss habe sich jedoch jüngst dafür ausgesprochen, mit der Verwaltung im Zuge eines gemeinsamen Workshops die weiteren Details zu erarbeiten und im Anschluss zur Beschlussfassung zu geben. Ein Beschluss über die Änderung der Satzung könne dann rechtzeitig gefasst werden, ein vorgezogener Beschluss nur über die Anhebung der Stufe 1 mache daher keinen Sinn und sei nicht zielführend.

Ratsherr Wartchow äußert seine Verwunderung, dass die antragstellenden Fraktionen nunmehr über die im Jugendhilfeausschuss erzielte Einigkeit zu einem gemeinsamen Workshop hinaus einzelne Änderungen vorab vornehmen wollten.

Die Ratsherren Fliege und Peters verweisen auf die Protokolle des Jugendhilfeausschusses und des Hauptausschusses zu den Haushaltsberatungen für 2021 und die seinerzeit vereinbarte Einigung über eine zeitnahe Anpassung. Die antragstellenden Fraktionen seien nunmehr diejenigen gewesen, die für den Prozess der Neuerung der Satzung rechtzeitig erste Vorschläge geäußert hätten.

Ratsherr Jörgens weist darauf hin, dass aufgrund der Pandemie zahlreiche andere Themen zu bearbeiten gewesen wären, die unter anderem auch Auswirkungen auf den Betrieb in den Schulen und

Kitas gehabt hätten. Dass man aus diesem Grund nunmehr einen gemeinsamen Workshop für eine konzertierte Änderung der Satzung durchführe, sei sinnvoll und für alle nachvollziehbar.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über den Antrag abstimmen:

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU		25	
SPD	9		
FDP		5	
Bündnis 90 / Die Grünen	12		
UWG	1		
Die Fraktion	1		
Ratsherr Schalley (AfD)	1		
Ratsherr Weyen (parteilos)		1	
Bürgermeister		1	
Gesamt	24	32	

Ratsfrau Kanders und Ratsfrau Housden nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Der Antrag ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Beschlussvorlage der Verwaltung abstimmen.

4 Erstattung von Elternbeiträgen für Kindertagesbetreuung und Offenen Ganzttag im Zuge von COVID-19
Vorlage: FB2/1363/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt den Verzicht auf die Beitragserhebung für die Betreuung von Kindern in der Kindertagesbetreuung und zur Betreuung in der gebundenen und offenen Ganzttagsschule sowie außerunterrichtlichen Betreuungsangeboten der Primarstufe und der Sekundarstufe I im Zuge von COVID-19 und dem eingeschränkten Pandemiebetrieb für den Monat Februar 2021, sowie hälftig für die Monate März, April und Mai 2021. Darüber hinaus stimmt der Rat der außerplanmäßigen Mittelbereitstellung durch den Kämmerer in Höhe von 58.250,00 € für die Erstattung an den OBV Meerbusch e.V. zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Ratsfrauen Kanders, Housden und Driesel nehmen nicht an der Abstimmung teil.

Bürgermeister Bommers führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsherr Peters weist auf den vorliegenden Antrag hin. Dieser sei hinsichtlich des Beschlusses weitergehend und entsprechend mit zu beraten.

Ratsfrau Winter dankt der Verwaltung, dass in Zeiten der Pandemie auch denjenigen Kindern eine Notbetreuung ermöglicht wurde, für die kein Betreuungsvertrag bestünde. Gemäß dem Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen solle nunmehr eine Erstattung der gezahlten Beiträge für diejenigen erfolgen, die über einen Betreuungsvertrag verfügten, von der Notbetreuung jedoch keinen Gebrauch gemacht hätten.

Ratsherr Jörgens und Ratsherr Wartchow weisen auf die landesweit mit den Kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte Lösung für alle Kommunen hin, die es nunmehr zu beachten gelte.

Auf Nachfrage der Ratsfrau Niederdellmann-Siemes und des Ratsherrn Focken führen Erster Beigeordneter Maatz und Stadtkämmerer Volmerich aus, dass die Rückerstattung der Beiträge, die regulär der OBV bei den Eltern einziehe, durch die Stadt an den OBV erfolge. Aufgrund der ausgesetzten Einziehung der Beiträge durch den OBV gegenüber den Eltern sei nunmehr der durch das Land und die Stadt zu erstattende Betrag an den OBV zu leisten, damit dieser die weiterhin laufenden Kosten decken könne. Auf diesem Wege erfolge entsprechend keine doppelte Erstattung an die Eltern.

Sodann erklärt Ratsherr Peters, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zurückgezogen werde.

5 Ausbau der Gemeindestraße "Schützenstraße von Langster Straße K1 bis Schützenstraße 13" Vorlage: DezIII/1354/2021

Beschluss:

1. Beschluss über Anregungen gem. § 125 (2) BauGB i. V. m. §1 (6) BauGB

Im Rahmen der öffentlichen Auslage vom 26.04.2021 bis einschließlich 07.05.2021 wurden Anregungen und Bedenken zur vorgestellten Ausbauplanung vorgebracht.

2. Abschließender Empfehlungsbeschluss an den Rat gem. § 125 (2) BauGB

Der Rat beschließt nach Abwägung der öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander den Plan für den Ausbau der Gemeindestraße „Schützenstraße von Langster Straße K1 bis Schützenstraße 13“ in Meerbusch-Langst-Kierst in der Fassung vom 20.05.2021 gem. § 125 Abs. 2 BauGB vom 23.09.2004 (BGBl. I, S. 2414) in der zurzeit gültigen Fassung.

Abstimmungsergebnis:

zu 1) einstimmig

zu 2) einstimmig

Ratsherr Banse sowie die Ratsfrauen Kanders, Housden und Driesel nehmen nicht an der Abstimmung teil.

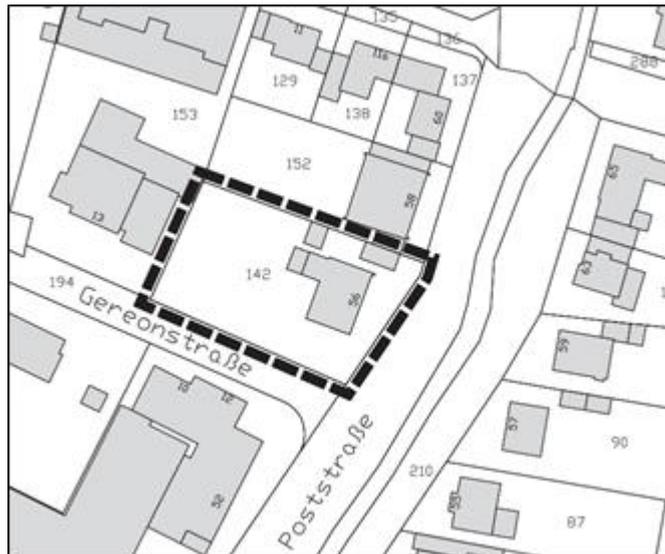
Ratsherr Quaß berichtet aus den Vorberatungen des Ausschusses für Klima, Umwelt und Bau.

6 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 19, Meerbusch - Büberich, „Mehrfamilienhausbebauung Gereonstraße 15 und 17“

1. Einleitungsbeschluss

2. Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und Träger Öffentlicher Belange gemäß § 3 (1) und 4 (1) Baugesetzbuch

Vorlage: FB4/1303/2021/1



Beschluss:

1. Für den im Geltungsbereich gekennzeichneten Bereich wird gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 12 BauGB der Einleitungsbeschluss des Verfahrens zur Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 19 gefasst. Der Bebauungsplan dient der Schaffung von Planungsrecht für die vorgesehene Nachverdichtung im bereits beplanten Innenbereich zur Errichtung zusätzlichen Wohnraums.
2. Das Verfahren wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB als Bebauungsplan der Innenentwicklung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Die Ratsfrauen Kanders, Housden und Driesel nehmen an der Abstimmung nicht teil.

Ratsherr Damblon berichtet von den Vorberatungen des Ausschusses für Planung und Liegenschaften.

7 Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses 2020
Vorlage: SFI/1359/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch stellt fest, dass die Voraussetzungen zur Befreiung von der Aufstellung des Gesamtabchlusses für das Jahr 2020 gem. § 116a GO NRW vorliegen und beschließt daher keinen Gesamtabschluss 2020 aufzustellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Stadtkämmerer Volmerich führt zu den Inhalten der Vorlage aus.

Ratsherr H. Becker weist darauf hin, dass die neue Regelung zu begrüßen sei, da die Verwaltung somit Kosten und Personalaufwendungen spare.

8 Coronabedingte Finanzschäden und Folgen für den städt. Haushalt
Vorlage: SFI/0480/2021

Der Ausschuss nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

Stadtkämmerer Volmerich beantwortet verschiedene Rückfragen.

9 Bestellung eines Vertreters der Stadt für den Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft für den Kreis Viersen AG
Vorlage: BM/1360/2021

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch genehmigt die Eilentscheidung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschusses vom 24.06.2021 zur Entsendung des Herrn Bürgermeister Christian Bommers als Vertreter der Stadt Meerbusch in den Verwaltungsbeirat der GWG Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Kreis Viersen AG.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Bommers übergibt die Sitzungsleitung an die erste stellvertretende Bürgermeisterin Schoppe.

Stellvertretende Bürgermeisterin Schoppe führt zum Inhalt der Vorlage aus und lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

10 Stellenplannachtrag 2021
Vorlage: ZD/1362/2021

Beschluss:

Der Rat beschließt, im Stellenplan für das Jahr 2021 eine zusätzliche Stelle der Besoldungsgruppe A 11 LBesG zur Unterstützung bei der Erstellung und Umsetzung eines Digitalisierungskonzeptes sowie 3 zusätzliche Stellen der Entgeltgruppe 11 TVöD für Architekten*innen beim Service Immobilien zur Betreuung der Maßnahmen im Zuge der Schulentwicklungsplanung einzurichten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Bürgermeister Bommers und Bereichsleiter Klein führen zu den Inhalten der Vorlage aus. Neben der bereits im Zuge der Haushaltsberatungen beschlossenen, bedarfsgerechten Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Digitalisierung berücksichtigten die Stellenschaffungen im Service Immobilien die erhebliche Mehrarbeit, die mit der Umsetzung der Schulentwicklungsplanung einhergehe.

Fraktionsübergreifend werden die beabsichtigten Stellenschaffungen begrüßt.

Ratsherr Peters weist darauf hin, dass die Stelle für den Bereich Digitalisierung nicht zwingend durch eine/n Beamten/in besetzt werden solle, auch Tarifbeschäftigte sollten berücksichtigt werden.

Bürgermeister Bommers erläutert, dass dies so vorgesehen sei. Er weist zudem darauf hin, dass die in den vorliegenden Anträgen der Fraktionen SPD und Bündnis 90 / Die Grünen gewünschte Definition der Aufgaben- und Anforderungsprofile durch den Ausschuss für Digitalisierung in den Regelungsbe-
 reich des Bürgermeisters eingreife. Dem Rat obliege die Aufgabe, mit dem Stellenplan den personellen Rahmen festzulegen. Die konkrete Definition der Anforderungen und Inhalte einer Stelle obliege jedoch dem Bürgermeister im Rahmen der Leitung des Geschäftsganges der Verwaltung. Ideen und Anregungen könnten die Fraktionen jedoch gerne mitteilen.

Die vorliegenden Anträge der Fraktionen CDU und FDP, SPD sowie Bündnis 90 / Die Grünen werden zurückgezogen.

Sodann lässt Bürgermeister Bommers über die Beschlussvorlage abstimmen.

11 Anträge

11.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Erstattung Elternbeiträge OGS/VGS
Vorlage: FB3/0351/2021

Der Antrag wurde unter TOP 4 beraten und durch die antragsstellende Fraktion zurückgezogen.

11.2 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 01.06.2021 bzgl. Personalstelle Digitalisierung
Vorlage: BJ/0357/2021

Der Antrag wird nach der Beratung und Beschlussfassung zu TOP 10 zurückgezogen.

**11.3 Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 02.06.2021 bzgl. Personalstelle Digitalisierung
Vorlage: BJ/0356/2021**

Der Antrag wird nach der Beratung und Beschlussfassung zu TOP 10 zurückgezogen.

**11.4 Antrag der SPD-Fraktion vom 15.06.2021 bzgl. Personalstelle Digitalisierung
Vorlage: BJ/0358/2021**

Der Antrag wird nach der Beratung und Beschlussfassung zu TOP 10 zurückgezogen.

11.5 Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen bzgl. "1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland"

Beschluss:

Der Rat der Stadt Meerbusch beauftragt die Verwaltung mit der Prüfung, inwiefern zur Durchführung weiterer Angebote und Veranstaltungen im Rahmen des Jubiläumsjahres „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ zusätzliche Mittel im Rahmen einer überplanmäßigen Mittelbereitstellung bis zu einer Höhe von unter 20.000,- € zur Verfügung zu stellen sind.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ratsfrau Dr. Schomberg führt zu den Inhalten des Antrages aus. Die Verwaltung habe dem Kultur-ausschuss verschiedene Aktivitäten und Veranstaltungen zum Thema „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ vorgestellt. Der durch den Rat im Zuge der Haushaltsberatungen bereitgestellte Betrag in Höhe von 5.000,- € sei damit ausgeschöpft. Für weitere Aktivitäten, die im Ausschuss diskutiert worden seien, seien daher nun weitere Mittel bereitzustellen.

Stadtkämmerer Volmerich führt zum Verfahren einer weiteren Mittelbereitstellung aus. Sofern das vorhandene Budget überschritten werde, könne im Falle einer sachlich bzw. zeitlich unabwiesbaren Notwendigkeit eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erfolgen. Die zeitliche Unabweisbarkeit sei durch das diesjährige Jubiläum gegeben. Bis zur Hälfte des beschlossenen Budgets könne der Kämmerer dann etwaige Mittel ohne einen entsprechenden Beschluss bereitstellen. Der Rat müsse hierzu lediglich einen Empfehlungsbeschluss mit einer Konkretisierung der Höhe fassen. Das Budget für Veranstaltungen im Rahmen des Jubiläumsjahres sei in einem gemeinsamen Konto mit einem Ansatz von insgesamt 40.000,- € veranschlagt. Eine überplanmäßige Mittelbereitstellung durch den Kämmerer könne daher bis zu einem Betrag von unter 20.000,- € erfolgen.

Es besteht Einvernehmen, dass die Verwaltung nunmehr weitere Veranstaltungen und Aktivitäten gemäß den Ausführungen des Kulturausschusses erarbeiten und der Kämmerer die dabei anfallenden überplanmäßigen Mittel bereitstellen solle. Über die genaue Höhe solle dann im Ausschuss berichtet werden.

12 Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion bzgl. Neuregelung Mietspiegelrecht

Erster Beigeordneter Maatz führt zur Anfrage aus, dass bislang nur ein Referentenentwurf zu einer neuen Gesetzgebung für das Mietspiegelrecht vorliege. Für die Stadt Meerbusch existiere ein durch Haus und Grund im Jahr 2019 erstellter, einfacher Mietspiegel. Dieser müsse in diesem Jahr aktualisiert werden. Der Rhein-Kreis Neuss verwende für die Berechnung der Angemessenheit der Kosten der Unterkunft ebenfalls ein dem einfachen Mietspiegel vergleichbares Instrument.

Nach dem vorliegenden Referentenentwurf besteht zwar keine Pflicht für Kommunen über 50.000 Einwohnern für einen qualifizierten Mietspiegel, die Voraussetzungen sollten jedoch gefördert werden. Die gesetzten Fristen beliefen sich auf 2023 für einen einfachen sowie 2024 für einen qualifizierten Mietspiegel.

Ratsherr Damblon und Bürgermeister Bommers weisen darauf hin, dass die Anfrage verfristet eingegangen sei. Eine Beantwortung durch die Verwaltung sei in diesem Falle erfolgt, künftig solle jedoch weiterhin auf die Wahrung der Fristen gemäß der Geschäftsordnung des Rates geachtet werden.

13 Termin der nächsten Sitzung: 28. Oktober 2021

14 Bericht der Verwaltung/Beschlusskontrolle

Der Ausschuss nimmt die Beschlusskontrolle zur Kenntnis.

Weiter berichtet die Verwaltung zu verschiedenen Themen:

Mataré-Haus

Bürgermeister Bommers weist auf die den Fraktionen mitgeteilten Entwicklungen rund um das Mataré-Haus hin. Ein geeigneter Investor, der das Anwesen im Sinne der Kultur entwickeln und betreiben wolle, sei gefunden. Der Stadt würden dabei verschiedene Einflussmöglichkeiten eingeräumt. Diese Entwicklung sei sehr zu begrüßen und sichere den Fortbestand des Hauses sowie des Gedenkens an Mataré und sein Wirken in Meerbusch in besonderem Maße.

Förderung von Lüftungsanlagen in Schulen

Bereichsleiter Klein führt aus, dass die Verwaltung kürzlich die Zusage über die Förderung des Bundes von stationären raumluftechnischen Anlagen für alle acht Grundschulen sowie die städtischen Kindertagesstätten in Höhe von rund 4,5 Mio. Euro erhalten habe. Dies entspreche rund 80% des Gesamtvolumens. Der Bund habe eine Novellierung des bestehenden Förderprogrammes, das bisher lediglich Räume ohne Fenster für eine Förderung vorsah, am 11.06. veröffentlicht, am 16.06. habe die Verwaltung sodann entsprechende Anträge für alle in Frage kommenden Schulen und Kitas gestellt, die am 28.06. positiv beschieden worden seien. Für die Umsetzung sei eine verwaltungsinterne Projektgruppe gebildet worden, um eine möglichst zügige Umsetzung zu gewährleisten. Aufgrund der umfangreichen Planungsinhalte für jeden einzelnen Raum sowie zu erwartender Ausschreibungs-, Herstellungs- und Lieferfristen könne von einem Einbau der Anlagen in diesem Jahr jedoch nicht ausgegangen werden. Zudem weist er darauf hin, dass die Fördermittel erst nach Abschluss der Maßnahmen zur Verfügung stünden. Hinsichtlich der Vorfinanzierung sei daher eine überplanmäßige Mittelbereitstellung erforderlich, die im Rahmen einer Dringlichkeitsentscheidung erfolgen solle.

Die Fraktionen danken der Verwaltung für den besonderen Einsatz zum Erhalt dieser Förderung.

Förderung im Rahmen des „Sofortprogramm Innenstadt“

Bürgermeister Bommers berichtet, dass die Stadt weiterhin Fördermittel in Höhe von rund 285.000,- € für Maßnahmen im Rahmen des „Sofortprogramm Innenstadt“ zur Stärkung und zum Erhalt des lokalen Einzelhandels für die Stadtteile Buderich, Osterath und Lank erhalten habe. Die Maßnahmen würden nun durch die Wirtschaftsförderung erörtert.

Förderung im Rahmen des Ausbaus des Offenen Ganztags

Erster Beigeordneter Maatz berichtet, dass die Verwaltung im Zuge des Sofortprogrammes zum Ausbau des Offenen Ganztages einen Förderbescheid über rund 600.000,- € erhalten habe. Hinzu komme ein Eigenanteil von 15%. Diese Mittel würden für die Anschaffung neuen Mobiliars für den Offenen Ganztags genutzt.

B-Plan 325

(Ratsfrau Niederdellmann-Siemes nimmt an der Beratung nicht teil.)

Ratsherr Quaß weist unter Bezug auf die Beschlusskontrolle darauf hin, dass die Ansiedlung eines Nahversorgers im Plangebiet durch die politischen Gremien abgelehnt und die Verwaltung mit der Suche nach alternativen Standorten beauftragt worden sei. Bereits im März seien entsprechende Alternativen vorgestellt worden, die jedoch alle mit Realisierungshemmnissen versehen seien. Bündnis 90 / Die Grünen hätten sich daher dafür ausgesprochen, dem ursprünglichen Vorschlag eines Nahversorgers im Plangebiet an der Uerdinger Straße zu folgen. Er erkundigt sich nun nach dem Sachstand.

Ratsfrau Glasmacher und Ratsherr Focken weisen darauf hin, dass seitens der UWG sowie der SPD ein Standort im Plangebiet begrüßt werde.

Bereichsleiterin Briese weist darauf hin, dass bislang noch keine abschließende Entscheidung getroffen sei. Die Fraktionen könnten der Verwaltung gerne weiteres Feedback zu den genannten Standorten geben. Im nächsten Schritt sei ein informeller Austausch mit den Anwohnerinnen und Anwohner geplant, zunächst gemäß dem bestehenden Beschluss ohne die Berücksichtigung eines Nahversorgers. Das Thema könne im kommenden APL nach der Sommerpause beraten werden.

15 Verschiedenes

E-Scooter

Ratsherr H. Becker bemängelt das negative Erscheinungsbild der Stadtumgebung durch E-Scooter und erkundigt sich nach den Verantwortlichkeiten.

Bürgermeister Bommers führt aus, dass derzeit noch eine insgesamt sechsmonatige Testphase eines Anbieters laufe. Dieser sei für die Organisation rund um die Scooter verantwortlich. Die Testphase laufe nach Aussage des Anbieters positiv, das Thema würde in der Bevölkerung jedoch kontrovers diskutiert. Ein generelles Verbot könne nicht ausgesprochen werden, die Verwaltung leite Beschwerden an den Anbieter weiter.

Ratsherr Bertholdt, Ratsherr Quaß und Ratsfrau Kohn weisen darauf hin, dass sich der Ausschuss für Mobilität umfassend mit dem Thema auseinandersetze und die Entwicklung beobachte. Die Wahrnehmung zu diesem Thema sei auch im Ausschuss geteilt.

Forum Wasserturm

Auf Nachfrage des Ratsherrn Neuhausen weisen Bereichsleiter Klein und Erster Beigeordneter Maatz darauf hin, dass eine Wiedereröffnung des Forum Wasserturm für Veranstaltungen aktuell nach den Sommerferien geplant sei. Dies sei jedoch sowohl vom Fortschritt der Baumaßnahmen am Foyer und der Toilettenanlage sowie von der weiteren Entwicklung des Pandemiegeschehens abhängig.

Seniorenbeirat

Erster Beigeordneter Maatz berichtet von der konstituierenden Sitzung des Seniorenbeirates. Der bisherige Vorsitzende Güllmann sei aus Altersgründen nicht mehr für das Amt angetreten. Neuer Vorsitzender sei nunmehr Oswald Hepner, der entsprechend als beratendes Mitglied in den Sozialausschuss entsandt werde. Klaus Mock sei als Vertreter des Herrn Hepner im Seniorenbeirat gewählt worden, Frau Inge Rose als stellvertretendes Mitglied für den Sozialausschuss. Hubert Kräling sei weiterhin beratendes Mitglied im Ausschuss für Planung und Liegenschaften, Hans Thomes im Ausschuss für Klima, Umwelt und Bau. Dem Rat werde in seiner kommenden Sitzung eine entsprechende Vorlage zur Besetzung vorgelegt.

Konverter

Ratsherr Weyen erkundigt sich auf Grundlage des Offenen Schreibens der Frau Isselstein, inwiefern dem Rat der Stadt eine Beschlussfassung über den Standort des Konverters obliege.

Bürgermeister Bommers weist darauf hin, dass ein entsprechender Beschluss weder gefasst, noch möglich sei. Die Genehmigung nach dem BlmschG beim Rhein-Kreis laufe weiterhin.

Bündnis Nahverkehr

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes und Ratsherr Quaß berichten, dass der Kreistag eine Resolution zur nachhaltigen Entwicklung des Nahverkehrs verabschiedet habe. Dies sei auch für Meerbusch interessant, insofern regen sie eine Einladung von Vertretern des Bündnisses in den zuständigen Ausschuss an. Bürgermeister Bommers sagt zu, sich im Zuge der Bürgermeisterkonferenz nach dem Thema zu erkundigen.

Radweg Osterather Straße

Ratsfrau Niederdellmann-Siemes erkundigt sich, ob sich auf dem Radweg entlang der Osterather Straße zwischen Osterath und Strümp aufgrund der geringen Breite vermehrt Unfälle ereigneten.

Bereichsleiter Hartenstein sagt eine nachträgliche Information zu.

Anmerkung: Die Kreispolizeibehörde wurde am 02.07.2021 hinsichtlich der Unfallhäufigkeit befragt. Nach dortiger Aussage gab es bislang auf dem genannten Streckenabschnitt keine Unfälle mit Radfahrenden.

Meerbusch, den 5. Juli 2021

Christian Bommers
Bürgermeister

Patrick Wirtz
Schriftführer